

# niedersachsen magazin

11

November 2021 • 83. Jahrgang

NBB – Niedersächsischer Beamtenbund  
und Tarifunion

## Zukunft nur mit uns! #EKR 2021



Seite 3 <

Aktive  
Mittagspause  
DJG

Seite 4 <

Prozentlauf  
vor dem  
Niedersächsischen  
Finanzministerium

Seite 7 <

Aktuelles aus  
den Mitglieds-  
verbänden



## Preisspirale und kein Ende

# Nehmt die Sorgen unserer Beschäftigten endlich ernst

Bereits in der September-Ausgabe unseres niedersachsen magazin bin ich auf die schon zum damaligen Zeitpunkt besorgniserregenden Entwicklungen der Inflationsrate und die damit verbundenen Auswirkungen auf unsere Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes eingegangen.

Seitdem hat sich für uns alle spürbar die Situation noch weiter deutlich verschlechtert und stellt insbesondere die Kolleginnen und Kollegen in den unteren Tarif- und Besoldungsgruppen, gleichzeitig diejenigen, die im ländlichen Raum wohnend lange Anfahrtswege zur Dienststelle haben, vor immer größere Probleme.

Und genau vor diesen Problemen dürfen wir keinesfalls die Augen verschließen, sondern müssen immer weiter den Finger in die Wunde legen und idealerweise mit geeigneten Konzepten die Landesregierung zum Handeln auffordern.

Dabei spielt es aus meiner Sicht auch keine Rolle, wenn wir gezielt die Entwicklungen der Energiepreise betrachten, ob die Ursachen für diese Entwicklung in der politisch gewollten CO<sub>2</sub>-Bepreisung oder in den explodierenden Rohstoffpreisen zu suchen ist. Die Auswirkungen für unsere Kolleginnen und Kollegen sind im Ergebnis die gleichen und es ist unsere gemeinsame Aufgabe, nach Lösungen und Perspektiven zu suchen.

Vom Grundsatz her wären die aktuell laufenden Tarifverhandlungen, zumindest für die Beschäftigten der Länder, eine gute Möglichkeit, für die Betroffenen zumindest einen spürbaren wirtschaftlichen Ausgleich zu gewährleisten – wünschenswert dazu eine sich dann anschließende inhalts- und wirkungsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamtinnen und Beamten.

Aus den aktuellen Verlautbarungen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ist leider diesbezüglich wenig Hoffnungsvolles zu entnehmen, vielmehr wird die übliche „Leere-Taschen-Rhetorik“ in den Mittelpunkt jeglicher Argumentationen gestellt. Eine tatsächliche Wahrnehmung der sich immer weiter abzeichnenden Problematik nehme ich hingegen seitens der Arbeitgeberseite nicht wahr.

### ■ Gespräch mit Bündnis 90/Die Grünen

Begleitend zu den aktuellen Tarifverhandlungen haben wir unsererseits insbesondere die drängende Problematik der explodierenden Energieverbrauchskosten als einen wesentlichen Punkt in unsere derzeitigen politischen Gespräche gestellt.

So waren diese sozialpolitischen Fragen beispielsweise ein Schwerpunkt in einem aktuellen Gespräch mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, vertreten durch die Fraktionsvorsitzende Julia Willie Hamburg und den neuen finanzpolitischen Sprecher der Fraktion, Gerald Heere.

Deutlich wurde in diesem Meinungs austausch, dass das Problem auch durch die Landespolitik ernst genommen und in die weiteren Planungen miteinbezogen wird. Dabei machte Julia Hamburg durchaus deut-

lich, dass wir nach ihrer persönlichen Einschätzung zunehmend in die Gefahr geraten, bei ausbleibender Kompensation der aktuellen Entwicklung weiteren sozialen Unfrieden in diesem Land zu erzeugen.

Im Ergebnis ist Politik dringend gefordert, im Minimum auf Bundesebene in den Überlegungen einer zukünftigen neuen Bundesregierung, auf diese Fragen zu reagieren und beispielhaft Klimaschutz und soziale Stabilität in einen gerechten Ausgleich zu bringen.

Überdies herrschte Einigkeit in der Feststellung, dass viele Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes, beispielsweise bedingt durch Schichtdienstleistungen oder die oftmals erforderliche Flexibilität bei wechselnden Dienstorten, nicht selten deutlich mehr betroffen sind durch die Preisentwicklung im Mobilitätssektor als andere.

Exemplarisch wurde durch den niedersächsischen Wirtschaftsminister Bernd Althusmann kürzlich der Vorschlag ins Spiel gebracht, die Pendlerpauschale anzuheben, um damit zumindest die Pendlerinnen und Pendler kurzfristig zu unterstützen.

Ähnliche Überlegungen skizzierte der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil und forderte ebenfalls den Bund zum umgehenden Handeln auf.

Als Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion unterstützen wir diese Forderungen ausdrücklich, wenngleich auch dieser Weg nur der Anfang für lösungsorientierte Überlegungen sein kann.

Durch die Deutsche Steuer-Gewerkschaft Niedersachsen (DSTG) kamen überdies der folgerichtige Hinweis und die Forderung, dass auch die Entfernungspauschalen für Dienstreisen mit dem privaten Pkw unbedingt anzupassen seien. Auch diesem Apell kann ich



> Alexander Zimbehl,  
1. Landesvorsitzender

© NBB (2)



> Alexander Zimbehl, Julia Willie Hamburg, Dr. Peter Specke (von links)



mich inhaltlich nur anschließen, wenngleich eine entsprechende Forderung unsererseits an das Niedersächsische Finanzministerium vor wenigen Wochen leider abschlägig beschieden wurde.

➤ **AG Mobilität**

Die Landesleitung des Niedersächsischen Beamtenbundes und Tarifunion hat sich unter anderem vor diesen geschilderten Hintergründen dahingehend vereinbart, durch Bildung einer Arbeitsgruppe „Mobilität“ all diese Fragen deutlich mehr in den Vordergrund zu stellen und vor allem im Ergebnis der Politik verschiedene Lösungsansätze anzubieten und gleichzeitig mit Blick auf den bevorstehenden Landtagswahlkampf konkrete Kataloge in die politische Diskussion einzubringen.

Es wird unsere gemeinsame Aufgabe sein, auch in diesem Punkt noch deutlicher als bislang die Sorgen und Nöte derjenigen in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen zu stellen, die diesen Belastungen zunehmend nicht mehr gewachsen sind.

Dabei möchte ich aber gleichzeitig betonen, dass Mobilitätsfragen und die damit verbundenen Belastungen nur ein wichtiger Teil unserer Überlegungen sein können. Steigende Lebenshaltungskosten, Versicherungsbeiträge oder Preisexplosionen im Mietensektor spielen dabei natürlich eine ebenso wichtige Rolle. Unsere Kolleginnen und Kollegen erwarten zunehmend, dass wir uns diesen Sorgen annehmen und genau hier sehe ich auch meine und unsere vorrangige Rolle und Aufgabe.

➤ **Aktionslauf**

Wie sehr die konstant hohen Belastungen und der damit verbundene Wille nach akzeptablen Entgelterhöhungen unsere niedersächsischen Beschäftigten im Rahmen der aktuellen Tarifverhandlungen bewegen, konnten wir im Rahmen des Aktionslaufes vor dem niedersächsischen Finanzministerium am 28. Oktober deutlich feststellen.



## Aktive Mittagspause DJG

Dem Aufruf der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG) sich am 26. Oktober 2021 an einer bewegten Mittagspause zu beteiligen, waren zahlreiche Kolleginnen und Kollegen, vor allem der Gerichte in Hannover gefolgt. Es sollte damit auf die begonnenen Tarifverhandlungen der Beschäftigten der Länder aufmerksam gemacht werden. Der Vorsitzende der DJG, Torsten Lieberam,

wies in Gesprächen unter anderem darauf hin, dass wir aktuell die höchste Inflationsrate seit 1993 haben, die TdL dies jedoch ignoriere und stattdessen die Forderungen „illusorische Erwartungen“ nennt und dies, obwohl sich gerade in den Zeiten der COVID-19-Pandemie gezeigt habe, wie wichtig ein reibungslos und effizient funktionierender öffentlicher Dienst sei. ■

Entsandt durch eine Vielzahl von Mitgliedsgewerkschaften unseres Verbandes machten die Kolleginnen und Kollegen in einer eindrucksvollen Aktion deutlich, was sie seitens der Arbeitgeberseite erwarten.

Unabhängig von den grundlegenden finanziellen Perspektiven spielte in den Diskussionen auch weiterhin die klare Ablehnung der Forderung des TdL eine Rolle, Verschlechterungen bei der Eingruppierung vorzunehmen.

Der NBB und seine organisierten Mitgliedsgewerkschaften haben erneut deutlich gemacht, was sie von der Arbeitgeberseite erwarten und dabei ihre Aktionsfähigkeit deutlich unter Beweis gestellt.

**Ich möchte mich bereits zu diesem Zeitpunkt bei allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen bedanken, die sich sowohl im Rahmen der jeweiligen Aktionen, gleichzeitig aber auch in den beteiligten Gremien, aktiv und höchst engagiert in diesen Prozess einbringen und sich im Zeichen der Gesamtsolidarität für diesen öffentlichen Dienst und vor allem die ihn tragenden Menschen einsetzen.**

Das Bundesland Hessen hat im Ergebnis der Verhandlungen zum TV-H bereits Mitte Oktober deutlich gemacht, dass ordentliche Kompromisse möglich sind.

Ich habe weiterhin die große Hoffnung, dass diese Kompromisse auch für die übrigen Bundesländer möglich sind. Die kommenden Wochen werden dieses zeigen.

Ihr / Euer



Alexander Zimbehl



### Impressum

Herausgeber: NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, Ellernstraße 38, 30175 Hannover. Telefon: 0511.3539883-0. Telefax: 0511.3539883-6. E-Mail: post@nbb.dbb.de. Internet: www.nbb.dbb.de. Bankverbindung: BBBank Karlsruhe, BIC: GENODE61BBB, IBAN: DE07 6609 0800 0005 4371 56. Redaktion: Alexander Zimbehl (1. Landesvorsitzender), Azra Kamber (Landesgeschäftsführerin). Verantwortlich für den Inhalt: Alexander Zimbehl, Ellernstraße 38, 30175 Hannover. Beiträge mit Autorenangabe stellen nicht unbedingt die Meinung des NBB dar. Verlag: DBB Verlag GmbH. Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Titelfoto: © NBB

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern. Layout: Dominik Allartz.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0. Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Andrea Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition: Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 25, gültig ab 1.10.2020.

Bezugsbedingungen: Erscheint 10-mal jährlich. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Jahr 19,90 Euro. Für Mitglieder ist der Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezug nur durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.



# Einkommensrunde 2021 – Prozentlauf vor dem Niedersächsischen Finanzministerium

Zukunft nur mit uns!

#EKR21

5% mind. 150 €

dbb.de

Die Einkommensrunde 2021 für die Beschäftigten der Länder hat am 8. Oktober 2021 begonnen. Der Niedersächsische Beamtenbund und Tarifunion fordert:

- > Erhöhung der Tabellenentgelte um 5 Prozent, mindestens 150 Euro (Beschäftigte im Gesundheitswesen mindestens 300 Euro)
- > Erhöhung der Azubi-/Studierenden-/Praktikanten-Entgelte um 100 Euro
- > Laufzeit 12 Monate
- > Wiederinkraftsetzen der Azubi-Übernahme-Regelung
- > Verhandlungen zur Übernahme weiterer struktureller Verbesserungen bei der Eingruppierung, insbesondere der stufengleichen Höhergruppierung.
- > Einrichtung eines Verhandlungstisches für das Gesundheitswesen, insbesondere zur Erhöhung des Zeitzuschlags bei Wechselschicht-/Schichtarbeit in Krankenhäusern und zur Einführung der dynamischen Zulage für die Beschäftigten der ambulanten und stationären Pflege im Justiz- und Maßregelvollzug.
- > Erfüllung der Verhandlungszusage zur Eingruppierung der Beschäftigten im Straßenbetriebsdienst und Straßenbau.
- > Gewährung eines ÖPNV-Tickets für Azubis und Studierende/Praktikanten.
- > Verhandlungsverpflichtung über einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte.
- > Zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Beamten sowie Versorgungs-



empfänger der Länder und Kommunen.

## Aktionslauf

Am 28. Oktober 2021 hat der NBB im Rahmen einer bundesweiten Aktion vor dem niedersächsischen Finanzministerium auf die aktuelle Situation im öffentlichen Dienst aufmerksam gemacht. Es versammelten sich zahlreiche Mitglieder unserer Mitgliedsgewerkschaften zu einer Demonstration mit einem „Prozentlauf“.

Dabei wies der 1. Landesvorsitzende des NBB, Alexander Zimbehl, insbesondere auf die zunehmenden Belastungen der Kolleginnen und Kollegen hin und forderte die Arbeitgeberseite auf, endlich angemessen auf die berechtigten Forderungen der Beschäftigten zu reagieren: „Wir erfahren in der täglichen Arbeit in allen Bereichen ein deutliches Plus an Aufgaben. Zudem soll in den nächsten Jahren ein erheblich erweiterter Online-Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen angeboten werden. Diesem ohne zusätzliche Personalausgaben zu begegnen, wird schlicht nicht möglich sein. Die Bürgerinnen und Bürger des Landes haben das Recht auf verlässliche und hochwertige öffentliche Dienstleistungen. Dieser Standard ist jedoch schon heute vielfach nicht mehr zu halten. Die Menschen spüren zunehmend, unter welchen Belastungen die Kolle-

ginnen und Kollegen arbeiten müssen, die Bearbeitung beispielsweise von Einkommensteuererklärungen oder Bauanträgen verzögert sich immer weiter. Das kann eine Gesellschaft so nicht hinnehmen.“

Neben Alexander Zimbehl hielt der stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb beamtenbundes und tarifunion, Volker Geyer, ein Grußwort an die anwesenden Beschäftigten und wies dabei insbesondere ebenfalls auf die starre Haltung der TdL hin: „Die TdL hat einfach das Verhandeln eingestellt. Wir haben keine dringend notwendige Tarifpflege betrieben, die Entgeltordnung für Lehrkräfte wurde nicht weiterentwickelt und jeder Versuch von Gewerkschaftsseite, mithilfe der Tarifpolitik die Personalprobleme des öffentlichen Dienstes zu mildern, wurde abgelehnt.“ In Hannover ist Reinhold Hilbers Finanzminister. Als TdL-Chef verantwortete er die Blockadehaltung der Arbeitgeberseite maßgeblich, so Geyer.



Der Niedersächsische Beamtenbund und Tarifunion bedankt sich bei allen Kolleginnen und Kollegen für ihre bisherige Unterstützung und sagt zu, in dieser Einkommensrunde engagiert und bestimmt die Forderungen immer wieder zu wiederholen und auch ganz klar einzufordern!







# Delegiertenversammlungen unserer Mitgliedsgewerkschaften

In den vergangenen Wochen haben die GdS, der VLWN und auch die DVG ihre Delegiertenversammlungen/Gewerkschaftstage durchgeführt.

## ■ Neuer GdS-Landesvorstand in Niedersachsen

Am 22. September 2021 fand der ordentliche GdS-Landesgewerkschaftstag des Landesverbandes Niedersachsen statt. Über 60 Delegierte folgten der Einladung des Landesvorsitzenden Michael Fichtner zu der eintägigen Veranstaltung.

Der Landesvorsitzende stellte in seinem Rechenschaftsbericht die Aktivitäten des Landesverbandes dar. „Die Mischung aus Information, Aktion und Spaß bringen den Gedanken des gemeinsamen – Wir kommt weiter – gut voran“, betonte der Landesvorsitzende. Gleichzeitig appellierte er an alle Anwesenden, „weiter am gemeinsamen Wir zu arbeiten und damit die Mitgliederbasis zu verbreitern“. Besondere Herausforderungen und aber auch Chancen seien durch die Pandemie kreiert worden. So wurden nicht nur die Mitarbeitenden von den Dienststellen aus Sicherheitsgründen weitgehend ins Homeoffice geschickt, auch wir als Landesverband entwickelten neue Formate der Ansprache unserer Zielgruppen und setzten dabei auch auf Medienbrüche.

Nach Kassenbericht und Entlastung des alten Vorstandes wurde der neue Landesvorstand gewählt. Alter und neuer Landesvorsitzender des GdS-Landesverbandes Niedersachsen ist der Kollege Michael Fichtner, Stellvertreter\*innen sind Esther Mehlich, Marlis von Saß-Ihnken und Dirk Lüdeke. Finanzbeauftragter ist Björn Gleich, Gleichstellungsbeauftragte wurde Anke Hanne, Seniorenbeauftragte Annelie Kreth und Werbebeauftragter Berthold Hubelitz. Weitere Vorstandsmitglieder sind Torsten Adam, Tanja Brüggemann, Nicole Buschmann, Ayla Döner, Martina Hölscher, Lara Kruse und Svenja Kuhlenkamp. In die Landesjugendleitung gewählt wurden Irina Bayer, Evelyn Ümken und Janosch Lüdemann.

Bei der öffentlichen Veranstaltung am Nachmittag referierte vom NBB

der 1. Landesvorsitzende Alexander Zimbehl zu den Themen in Niedersachsen, auch hier besonders das Thema Digitalisierung. Er appellierte an die Anwesenden, sich in der kommenden Tarifrunde der Länder zu solidarisieren.

## ■ Delegiertenversammlung des VLWN

Zu der Delegiertenversammlung des VLWN sind am 7. Oktober gut 100 Delegierte aus ganz Niedersachsen ins Leonardo-Hotel am Tiergarten gekommen.

„Ja, die Berufsbildner sind verhältnismäßig gut durch die Corona-Krise gekommen, weil wir die Ärmel hochgekrempelt haben. Doch im Grunde sind wir ein bisschen dumm, da unsere DNA so gepolt ist, dass wir nicht gewerkschaftlich auf die Barrikaden gehen, sondern als Fachverband vor allem das Wohl der Schülerinnen und Schüler immer im Blick haben – und dabei unsere Belastungsgrenzen aus dem Auge verlieren“, sagte der alte und bei der Vorstandswahl im Amt bestätigte neue VLWN-Vorsitzende Joachim Maiß.

Viel Lob im Gepäck hatte auch Staatssekretärin Gaby Willamowius für die Digitalisierungsfortschritte der berufsbildenden Schulen. Als Gastrednerin verwies sie erst einmal auf das neue Regionalmanagement, mit dem die Standortsicherung der beruflichen Schulen in der Fläche durch gebündelte Fachklassen gewährleistet und somit das gesamte System gestärkt werden soll. „Gerade den berufsbildenden Schulen ist es gelungen, durch beherrzte Digitalisierung Unterricht in kürzester Zeit auf die neuen Anforderungen umzustellen. Das ist bemerkenswert und dafür sage ich herzlichen Dank!“, sagte Willamowius.

Viel Lob gab es auch von den vier bildungspolitischen Sprechern von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP am Vorabend der Delegiertenversammlung beim Empfang,

bei dem Yasmin Fahimi den Rednerreigen eröffnete. Die SPD-Bundestagsabgeordnete untermauerte als Mitglied der Enquetekommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ noch einmal, dass die berufliche Bildung deutlich entlastet werden müsse.

Melanie Walter, Leiterin der Abteilung berufliche Bildung im Niedersächsischen Kultusministerium, hob den neuen Erlass hervor, wonach künftig 15 bis 30 Prozent des Unterrichts in digitaler Form in Distanz stattfinden kann.

Alexander Zimbehl, Landesvorsitzender des NBB, würdigte ebenfalls den enormen Einsatz der Berufsbildner in der Coronakrise.

Die Delegierten wählten bei der Delegiertenversammlung sodann einen neuen Vorstand. Der neue Landesvorstand des VLWN ist um drei Personen gestärkt worden. Oliver Pundt hat sich nicht zur Wiederwahl gestellt. Der restliche Vorstand wurde en bloc mit 100 Prozent Zustimmung wiedergewählt und besteht aus: Joachim Maiß als Landesvorsitzender, Birgit Schlieper-Dembbski, Dieter Hartmann, Marcus Schlichting, Gerd Reddig, Thorben Teyke und Annette Hermes.

## ■ Gewerkschaftstag der DVG Niedersachsen

Am 8./9. Oktober 2021 fand der Gewerkschaftstag der DVG Niedersachsen im Hotel Radisson Blu in Hannover statt.

Auf der Arbeitstagung am 8. Oktober 2021 fanden zunächst Neuwahlen zum Landesvorstand statt, bei denen der Landesvorsitzende Johann Ubben einstimmig wiedergewählt wurde. Ebenso in ihren Ämtern bestätigt wurden die stellvertretenden Vorsitzenden Susanne Greve, Wilfried Kahle, Hermann-Josef Mansfeld und Thorsten Wranke.

Zu neuen Rechnungsprüferinnen wurden Mareike Schachtebeck und Kirstin Schwarz (beide NLFA) ge-

wählt, als stellvertretende Rechnungsprüfer wurden gewählt Fred Jokol (DVG-Bez.-Grp. Braunschweig) und Onno Tasler (DVG-Bez.-Grp. Hannover).

Danach wurden die zum Gewerkschaftstag eingereichten Anträge ausführlich beraten, in großer Zahl wurden diese angenommen, teilweise dienen sie als Arbeitsmaterial für die zukünftige Vorstandsarbeit. Zum Abschluss der Arbeitstagung beschloss der Gewerkschaftstag einstimmig eine EntschlieÙung, mit der die Niedersächsische Landesregierung und der Niedersächsische Landtag aufgefordert werden, in einen ernsthaften Dialog über einen Einstieg in den Abbau des Besoldungs- und Versorgungsrückstandes einzutreten.

Die EntschlieÙung ist auf der Homepage [www.dvg-nds.de](http://www.dvg-nds.de) abrufbar.

Normalerweise wäre der zweite Tag des Gewerkschaftstags mit einer öffentlichen Veranstaltung ausgeklungen. Aufgrund der Entwicklung in der Corona-Pandemie hatte sich der Vorstand entschieden, die öffentliche Veranstaltung abzusagen und diese im internen Kreis durchzuführen.

Eröffnet wurde die Veranstaltung mit einem Grußwort in Form einer Videobotschaft von Innenminister Boris Pistorius, der unter anderem einen kurzen Abriss zu den Themenbereichen Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung abgab. BegrüÙt werden konnte der 1. Vorsitzende des NBB, Alexander Zimbehl, der in seinem Grußwort ausführlich auf die anstehenden Herausforderungen sowohl im Beamtenbereich als auch im Bereich der Tarifbeschäftigten einging. Insbesondere zur Tarifrunde 2021 der TdL gab es ausführliche Informationen, auch was bevorstehende Aktionen anbelangt.

In Vertretung des erkrankten Bundesvorsitzenden Ulrich Stock gab Susann Greve als stellvertretende Bundesvorsitzende einen kurzen Rückblick auf den Bundesgewerkschaftstag.

Der NBB gratuliert allen (wieder) gewählten Kolleginnen und Kollegen und wünscht den jeweiligen Vorständen alles Gute für die künftige Arbeit! ■

## Aktuelles aus den Mitgliedsverbänden

Unsere Mitgliedsgewerkschaften und -verbände haben sich auch in den vergangenen Wochen wieder zu aktuellen Themen geäußert. Hier eine Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen und Forderungen daraus.

### ■ Verband Bildung und Erziehung (VBE)



Der VBE-Landesvorsitzende Franz-Josef Meyer hat sich Anfang Oktober zur Diskussion um die Maskenpflicht in den Schulen geäußert. Er forderte unter der Überschrift „Maskenpflicht im Unterricht muss für alle bald fallen“ eine sofortige Exit-Strategie und mehr Freiheiten für alle Geimpften und Genesenen.

„Die Diskussion um die Maskenpflicht an Schulen hat Fahrt aufgenommen, nachdem einige Bundesländer ein schnelles Ende der Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes an ihren Schulen angekündigt haben. Niedersachsen dagegen bleibt stur und verschiebt trotz niedriger Inzidenzwerte die Ausstiegsstrategie auf unbestimmte Zeit. Die Zeit des Abwartens muss jetzt aber vorbei sein. Schülerinnen und Schüler, Eltern und die Schulbeschäftigten erwarten zu Recht nach einer langen Leidenszeit mit Maskenpflicht im Unterricht auf ein klares Signal zur Abschaffung. Gute Gründe dafür gibt es genug“, so Meyer zur Diskussion um die Maskenpflicht an Schulen.

Virologen und Ärzteverbände streiten sich um das Für und Wider einer Maskenpflicht. Einige verweisen auf das geringe Infektionsgeschehen an Schulen, andere betonen den wissenschaftlich bewiesenen Nutzen einer Mund-Nasen-Bedeckung. Es ist in der Tat nicht nachvollziehbar, warum im gesellschaftlichen Leben das Tra-

gen einer Maske kaum noch erforderlich ist, in den Schulen aber trotz hoher Impfquoten beim schulischen Personal und fast 50 Prozent geimpften 12–17-jährigen Schülerinnen und Schülern keine Lockerungen erfolgen. Masken machen nur Sinn, wenn sie korrekt getragen und täglich erneuert werden. Doch unkontrollierte Maskenpausen, unkorrektes Tragen und fehlende Maskenwechsel lassen an der Wirksamkeit beim Virenschutz zweifeln. Klinische Studien bilden eben nicht die Schulwirklichkeit ab.

Aus pädagogischer Sicht ist das Maskentragen im Unterricht ohnehin problematisch. Es leidet Mimik, Aussprache und der korrekte Sprachgebrauch. Das stundenlange Tragen ist sowohl für Schülerinnen und Schüler als auch für Lehrkräfte mit großen Anstrengungen und auf Dauer auch mit gesundheitlichen Risiken verbunden.

Meyer weiter: „Die Aufhebung der Maskenpflicht für die Klassen 1 und 2 ist sinnvoll und zu begrüßen. Das kann nur ein erster Schritt sein. Wenn Grundschulkindern, die nicht gegen das Corona-Virus geimpft werden können und damit ein hohes Infektionsrisiko haben, dennoch als erste Gruppe die Masken im Unterricht ablegen dürfen, stellt sich die Frage, warum dann die älteren Schülerinnen und Schüler, die zum großen Teil schon geimpft sind, davon nicht profitieren. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Für vollständig geimpfte Schülerinnen und Schüler und Schulpersonal muss es, wie au-

ßerhalb von Schule längst üblich, mehr Freiheiten geben mit einer weitgehenden Befreiung von der Maskenpflicht. Daher ist es wichtig, die Impfkampagne für Kinder ab zwölf Jahren zügig fortzusetzen und zu forcieren.“

### ■ Verband Niedersächsischer Lehrkräfte (VNL/VDR)



Der Verband Niedersächsischer Lehrkräfte – VNL/VDR fordert anlässlich des UNESCO-Weltlehrertages am 5. Oktober statt wohlklingender Worte endlich spürbare Entlastungen.

„Unsere Lehrkräfte haben sich in den zurückliegenden anderthalb Jahren mit großem Engagement erfolgreich den Herausforderungen während der Corona-Pandemie gestellt. Deshalb brauchen sie dringend spürbare Entlastungen. Seit jeher leisten die Lehrkräfte neben ihrer eigentlichen Profession, dem Unterrichten, zusätzlich umfassende gesellschaftspolitische Aufgaben. Diese bestehen im Alltag aus einer Kombination von Sozial- und Familienarbeit, Krisenmanagement, Psychologie und Therapie und dem Unterrichten“, stellt Torsten Neumann, VNL-Landesvorsitzender, fest.

Für den VNL ist es daher kein Wunder, dass immer weniger junge Menschen den Lehrerberuf ergreifen wollen. In Niedersachsen konnten auch in diesem Schuljahr besonders an den nichtgymnasialen Schulformen nicht alle ausgeschriebenen Lehrerstellen besetzt werden, ein Zustand, der seit Jahren bereits besteht. Gerade für diese Schulformen fehlen die Bewerberinnen und Bewerber. Dieser sich weiter verschärfende Lehrkräftemangel führt zu steigenden Belastun-

gen der Lehrkräfte in den Schulen, statt sie zu entlasten.

Die Rahmenbedingungen müssen sich endlich spürbar verbessern. An dieser Stelle ist die Politik seit Jahren untätig. Der Anreiz, den Lehrerberuf auch an den nichtgymnasialen Schulformen zu ergreifen, muss erhöht werden. Die hohe Belastung des Lehrerberufes bei nicht gerechter Besoldung wirkt jedoch abschreckend.

„Unsere Lehrkräfte brauchen in diesen schwierigen Zeiten für ihre verantwortungsvolle Arbeit beste Rahmenbedingungen, die eine gute Investition für die Zukunft darstellen. Sie haben gerade in den vergangenen Monaten gezeigt, wie bedeutend ihre Arbeit ist, den Schülerinnen und Schülern auch in den Zeiten der Pandemie wichtige Bildungsinhalte zu vermitteln. Ihr Einsatz verdient höchsten Respekt und Anerkennung, nicht nur am Weltlehrtage. Sie haben Entlastungen verdient“, so Neumann abschließend.

### ■ Philologenverband Niedersachsen (PHVN) und VNL/VDR



Die Antwort des Kultusministers Grant Hendrik Tonne auf die Kleine Anfrage „Unterrichtsversorgung – vier Jahre Stillstand unter Minister Tonne?“ der FDP-Fraktion nahmen sowohl der VNL/VDR als auch der Philologenverband Niedersachsen zum Anlass, dazu Stellung zu nehmen. Beide wiesen darauf hin, dass die Unterrichtsversorgung an vielen Schulen seit Jahren nur mit „unzureichend“ zu bezeichnen sei.

Neumann, Vorsitzender des VNL/VDR, sagte unter anderem: „Es reicht auf Dauer nicht,



dass der Pflichtunterricht allenfalls gerade so erteilt werden kann. Schule ist mehr als die Erteilung des Pflichtunterrichts. Erst Zusatzbedarfe für Ganztags, Inklusion, Förder- und Fördermaßnahmen oder Arbeitsgemeinschaften – um nur einige zu nennen – ermöglichen eine gute Schule. Und hierfür fehlen an vielen unserer Schulen immer noch die dafür notwendigen Lehrkräfte sowie das Unterstützungspersonal. Solange in Niedersachsen die Lehrkräfte an Haupt- und Realschulen sowie an Grundschulen für angehende Lehrkräfte nicht attraktiver gestaltet werden, wird sich an dem eklatanten Bewerbermangel mit den bekannten Folgen nichts ändern. Niedersachsen muss endlich den Lehrerberuf gerade in diesem Bereich durch eine bessere Bezahlung der Lehrkräfte mindestens nach A 13 attraktiver machen und die immense Belastung der Lehrkräfte spürbar senken.“

Horst Audritz, Vorsitzender des PHVN, erklärte unter anderem: „Wir erwarten, dass das Land erheblich mehr in das Personal der Schulen investiert und der Bedeutung des Gymnasiums gerecht wird. Deshalb fordern wir:

- > Eine Unterrichtsversorgung von 110 Prozent, um zusätzliche Bedarfe abfedern zu können,
- > kleinere Klassen und Kurse, die erst persönliche Zuwendung bei ausreichendem Gesundheitsschutz ermöglichen,
- > eine zeitnahe Anpassung der Unterrichtsverpflichtung an die anerkannten Ergebnisse der Arbeitszeituntersuchungen,
- > keine neuen Aufgaben ohne Kompensation und
- > Teilhabe/Anerkennung der pädagogischen Leistung durch Sicherung des Besol-



ungsgefüges: Beseitigung des Besoldungsrückstandes und Weihnachts- und Urlaubsgeld für alle.

Das ist dann der richtige Anreiz für Studentinnen und Studenten, den Lehrerberuf zu ergreifen und, besonders in den Mangelfächern, gegenüber dem Stellenangebot in der freien Wirtschaft konkurrenzfähig zu sein beziehungsweise zu werden.“

► **Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)**



Nach dem tödlichen Schusswaffeneinsatz am 3. Oktober 2021 in Harsefeld durch eingesetzte Polizeibeamtinnen und -beamte erreichten die DPoIG zahlreiche Presseanfragen. Dazu äußerte sich der zuständige Direktionsvorstand Lüneburg: „Wir erleben heutzutage, insbesondere wenn es um die polizeiliche Zwangsanzwendung – und somit die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols – geht, eine zunehmend hoch emotionalisierte öffentliche Auseinandersetzung, die nicht nur häufig die Kohärenz von Ursache und Wirkung verkennt, sondern damit den Polizeibeamtinnen und -beamten in diesen Fällen pauschal unterstellt, unrechtmäßig gehandelt zu haben.“

„In der öffentlichen Diskussion wird leider zu häufig vergessen, dass eine solche tragische Situation ausschließlich Opfer hervorbringt“, sagt der Lüneburger Direktionsvorsitzende Christian-Tobias Gerlach. Das durch derartige Einsätze von den Kolleginnen und Kollegen

erlittene Trauma wird durch die öffentlichen Anfeindungen und Schuldzuweisungen, die häufig mit praxisfernen und utopischen Forderungen (zum Beispiel das Hinzurufen von Psychologen an der Einsatzstelle) kombiniert sind, unnötig verstärkt. Aus diesem Grunde gilt unsere Anteilnahme den Angehörigen des Getöteten ebenso wie unsere Gedanken bei den eingesetzten Kolleginnen und Kollegen sowie deren Familien und Freunden und allen mittelbar beteiligten Kolleginnen und Kollegen sind.“

Verbunden wurde damit auch der Hinweis, dass die Einführung von sogenannten Tasern in Niedersachsen bislang abgelehnt wurde. Diese würden zumindest das Auswahlermessen beeinflussen und den einschreitenden Beamtinnen und Beamten überhaupt adäquate Entscheidungsoptionen eröffnen.

Nach diesem Geschehnis erneuerte die DPoIG Niedersachsen ihre Forderung, die Polizei von der Verantwortung für psychisch gestörte Personen zu entlasten und dafür die sozialpsychiatrischen Einrichtungen der Kommunen finanziell und vor allem personell zu stärken. Die Polizei habe nicht die medizinischen Kenntnisse und die Polizeizellen sind die falschen Verwahrorte für kranke Menschen. Es dauert oft viel zu lange, bis die Entscheidungen fallen, diese Personen in psychiatrische Kliniken einzuweisen und es fehlen die Vorwarnstufen zur Bewertung der Gefahr, weil es zu wenige Fachkräfte in den Einrichtungen gibt. Wenn es dann zu einem hoch emotionalen Gewaltausbruch einer

Person kommt, muss die Polizei reagieren, zum Schutz anderer und zum Selbstschutz.

Fakt ist, dass der polizeiliche Schusswaffengebrauch in Deutschland seit Jahrzehnten auf sehr geringem Niveau verbleibt. Auch der daraus resultierende Personenschaden (verletzt oder getötet) ist im Vergleich zu anderen Ländern sehr niedrig. „Das spricht für unsere Ausbildung und die Grundhaltung der Polizei in Deutschland, auch wenn jeder verletzte oder getötete Mensch einer zu viel ist“, betonte der DPoIG-Vorsitzende Patrick Seegers.

► **Verband der sozialen Dienste in der Niedersächsischen Strafrechtspflege (VDS)**

Bereits im September 2020 hatte die Mitgliederversammlung des VDS einstimmig die sogenannte „Goslarer Erklärung“: 10 Jahre Ambulanter Justizsozialdienst (AJSD) in Niedersachsen – ein Grund zum Feiern! – verabschiedet. Sie beinhaltete ein Resümee des AJSD über die letzten elf Jahre und betrachtete rückblickend und vorausschauend die Entwicklung des AJSD.

Diese Erklärung war der Anlass, dass die Vorsitzenden Lena Bulla-Förstel und Hartmut Weber am 17. September 2021 ein Gespräch mit dem Leiter des Ambulanten Justizsozialdienstes Niedersachsen, Herrn Teetzmann, hatten. Dort wurden unter anderem die Themen Weiterentwicklung der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sowie die fortwährend für Unruhe und Missstimmung sorgende Art und Weise der Dokumentation und zum anderen Qualitätszirkel und deren Bedeutung für die Qualitätsentwicklung besprochen. Dieser Austausch soll fortgesetzt werden, um so hoffentlich die Weichen für eine ebenso theoriebasierte wie praxisorientierte Weiterentwicklung im AJSD stellen zu können. ■